Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
CHRISTINA BAADE

Januar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

„Nicht zur Änderung vorgeschlagene Artikel der Verfassung“

VERANSTALTUNGSBEITRAG ÜBER DAS SEMINAR ZUM THEMA VERFASSUNGSENTWICKLUNG IN ÄGYPTEN – TEIL 4

Die mehrteilige Diskussionsreihe zum Thema „Verfassungsentwicklung in Ägypten“ beschäftigt sich mit der aktuellen Diskussion im ägyptischen Parlament zur Änderung der ägyptischen Verfassung. Diskutiert werden verschiedene Aspekte dieses Themas. Dieser Workshop hatte die Artikel der ägyptischen Verfassung zum Thema, die nach Auffassung der Regierung nicht geändert werden sollen.

Herr Dr. Mustapha Kamel El-Sayyid begrüßte die Anwesenden, dankte der KAS für die Unterstützung dieser Diskussionsreihe und gab einen kurzen Überblick über die ersten Veranstaltungen. Daraufhin stellte er den Hauptredner Dr. Fathy Fikry vor, einen Professor für Verfassungsrecht. Dr. Fikri erklärte einleitend, dass die Verfassung von 1971 mit über 100 Artikeln in großer Eile binnen 48 Stunden verabschiedet worden war, wodurch viele widersprüchliche Artikel in der Verfassung vorhanden sind. In der jetzigen Diskussion sind insgesamt 34 Artikel der Verfassung zur Änderung vorgesehen, von denen alleine 11 im Zusammenhang mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem stünden, das von der Entwicklung überholt worden ist und damit diese Artikel unnötig seien.

Im Folgenden ging Dr. Fikri auf die Artikel der Verfassung ein, die seiner Meinung nach auch verändert werden müssten. Hierzu zählen Artikel 5 zum Mehrparteiensystem und der Gründung von Parteien, da bis heute politische Parteien nur aufgrund eines genehmigten Antrages gegründet werden können. Um ein echtes Mehrparteiensystem entwickeln zu können, bedarf es seiner Meinung nach einem neuen, leichteren Gesetzes zur Parteiengründung. Artikel 75 bis 77 definieren die Präsidentschaftskandidatur und bedürfen nach Meinung Fikris ebenfalls einer Änderung, so müsse die Doppelstaatsangehörigkeit und ein Höchstalter neu definiert, die Kandidatur von unabhängigen Kandidaten erleichtert, die Dauer einer Amtszeit von derzeit 6 Jahren reduziert werden. Der Sprecher plädierte in diesem Zusammenhang auf ein Präsidialsystem nach amerikanischem Vorbild.

Weiterhin kritisierte Fikri auch den Artikel 87, der die Zusammensetzung des Parlamentes bestimmt (50% der Abgeordneten müssen Arbeiter und Bauern sein). Diese Zusammensetzung sein nicht mehr zeitgemäß und müsse aufgehoben werden. Auch die Ernennung von 10 Abgeordneten durch den Präsidenten lehnte er ab, da hierdurch Einfluss auf die Politik genommen und die gewünschte Neutralität des Parlaments nicht gewährleistet werden könne. Staatsbeamte sollten nach Meinung des Sprechers nicht ins Parlament gewählt werden dürfen, da hierdurch die Kontrollfunktion des Parlaments geschwächt werde.

Weitere Artikel, die vom Sprecher genannt wurden waren u.a. Artikel 93 über die Aufhebung des Parlamentarierstatus, Artikel 95 über die Regelung von Geschäftspraktikern der Abgeordneten, 107 über die Gültigkeit von Parlamentssitzungen u.a.

In der sich anschließenden Diskussion wurde zunächst das neue Anti-Terrorgesetz kri-

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
CHRISTINA BAADE

Januar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

tisiert, dass in Zukunft das seit Jahrzehnten herrschende Ausnahmegesetz ablösen soll. Einige Sprecher äußerten die Sorge, dass das neue Antiterrorgesetz die Rechte der Bevölkerung und damit die demokratische Entwicklung des Landes stark einschränken werde und dem Staat zuviel Macht einräume. In Bezug auf die Doppelstaatsangehörigkeitsregelung bemerkte ein Sprecher, dass diese in der Menschenrechtserklärung anerkannt sei und sich so auch Ägypten als Unterzeichner der Erklärung an diese halten müsse. Bezüglich der Anwesenheitspflicht von Parlamentariern wurde vorgeschlagen, die UN-Regelung zu übernehmen.

Ein Sprecher merkte an, dass die Verfassung von Grund auf neu geschrieben werden sollte, da so viele Artikel zur Änderung anstünden.